

Positionspapier des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung e.V. zur Landtagswahl 2022

Bildung - der Weg in die Zukunft

Ziel und Auftrag der Erwachsenenbildung ist es, Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen zu gestalten. Lebensbegleitendes Lernen wird hier von unzähligen Mitarbeitenden mit Engagement, Geduld und Kreativität vorangetrieben. Attraktive Bildungsangebote vor Ort, angenehme Lernsituationen und Spaß an der Wissensvermittlung sind dabei unser Motor, gesellschaftliche Anforderungen stehen thematisch bei uns im Mittelpunkt: Grundbildung, Gesundheit, Demokratie, E-Learning und Nachhaltigkeit. Wir verstehen uns als ein Netzwerk mit Pluralität, Kompetenz und einer gemeinsamen Grundidee: Bildung ist der Weg in die Zukunft!

In Niedersachsen ist in Sachen Nachhaltigkeit in den vergangenen Jahren – speziell im Bereich schulischer Bildung – bereits einiges passiert. Es gibt jedoch noch eine Menge Entwicklungs- und Handlungspotenzial, insbesondere im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung. Aktuelle Themen wie die Klimakrise, soziale Ungleichheit, Diversität und Digitalisierung sind globale Herausforderungen, die auch in der Erwachsenenbildung Raum finden müssen, denn sie sind von größter Relevanz in allen Alters- und Zielgruppen.

Bildung ist der Weg in die Zukunft –
und deshalb braucht die Zukunft Weiterbildung.



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Landesverband
Niedersachsen



EVANGELISCHE
ERWACHSENENBILDUNG
NIEDERSACHSEN



Niedersächsischer Landesverband
der Heimvolkshochschulen

**Arbeit und
Leben**

NIEDERSACHSEN



Bildungswerk der
Niedersächsischen Wirtschaft
gemeinnützige GmbH



Katholische
Erwachsenen**bildung**
im Lande Niedersachsen e.V.



IHR BILDUNGSPARTNER



Bildungswerk der Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
in Niedersachsen e.V.

1. Weiterentwicklung des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes

Vor 51 Jahren, am 13. Januar 1970, wurde das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) im niedersächsischen Landtag verabschiedet. Es war das erste substanzielle Gesetz zur Erwachsenenbildung in Deutschland und prägend für die gesamte deutsche Bildungslandschaft. Von da ab galt: „Erwachsenenbildung ist ein eigenständiger, gleichberechtigter Teil des Bildungswesens.“ (§1 NEBG). Das ist bei Gesetzen selten: Das NEBG als solches hat sich über ein halbes Jahrhundert sehr bewährt und keiner grundlegenden Änderungen bedurft.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sollen persönliche und berufliche Kompetenzen gleichermaßen weiterentwickeln sowie das demokratische Miteinander befördern. Menschen jeden Alters müssen durch ein umfassendes, wohnortnahes Angebot Zugang zu Bildungsangeboten erhalten. Daher ist die Stärkung der Weiterbildung eine wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung des anstehenden Wandels unserer Gesellschaft. Politische Bildung und Grundbildung sind zentrale Voraussetzungen für Chancengleichheit und Teilhabe. Die Landeszentrale für politische Bildung ist hierbei eine gute zentrale Fachstelle – die Gesamtbevölkerung mit allen Generationen und in allen Regionen Niedersachsens erreichen aber nur die Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen.

Deshalb fordern wir eine strukturelle Absicherung der gesamten allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung und eine Anerkennung des Systems des lebensbegleitenden Lernens als vierte Säule des Bildungssystems. Mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung ist eine Weiterentwicklung des NEBG zur vollständigen Anrechenbarkeit digitaler Angebote erforderlich.

2. Sicherung der Finanzierung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen

Seit 1993 stagniert die Finanzhilfe für die Erwachsenenbildung in Niedersachsen, 2003 wurde sie sogar massiv gekürzt, lediglich ab 2019 wurde sie leicht angehoben. Das Ergebnis: Bei erheblich gestiegenen Kosten und vor allem immer höheren Anforderungen an Pädagogik, Technik und Qualifikation haben die Einrichtungen in den letzten Jahren erheblich einsparen müssen.

Bildungsforscher*innen und Praktiker*innen fordern schon lang, dass die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung einen Anteil von mindestens 1% am Gesamtbildungsetat haben soll. Auch eine Expert*innen-Kommission aus Wissenschaft, Praxis und Landesverwaltung (MWK), die der Niedersächsische Landtag bereits im Jahr 2016 durch eine Entschließung für eine Bestandsaufnahme der niedersächsischen Erwachsenenbildung ins Leben gerufen hat, stellte im Abschlussbericht die Forderung nach einer Erhöhung der Finanzhilfe des Landes auf. Die Forderung des Niedersächsischen Bundes bleibt daher bestehen: **Erwachsenenbildung ist 1% wert!** Wir fordern 1% des Bildungshaushalts, um die gesamtgesellschaftlichen Bedarfe für mehr Weiterbildung auch erfüllen zu können.

Die pandemische Lage und die digitale Transformation haben gezeigt, dass es auch in den kommenden Jahren stärkerer Anstrengungen bedarf, Teilnehmendenzahlen im gleichen Maße wie vor der Krise zu erreichen. Veränderte Zugangswege erhöhen hier erheblich den Aufwand (Personal, Infrastruktur, Marketing) für die Einrichtungen.

Die Verbesserung der Weiterbildungsfinanzierung muss auch künftig konsequent fortgesetzt werden, u. a. um die Herausforderungen zu meistern, die die Digitalisierung mit sich bringt. Nur auf einer soliden finanziellen Basis ist sichergestellt, dass die Erwachsenenbildung auch zukünftig auf die gesellschaftlichen Herausforderungen zeitgemäße Antworten bieten und der Politik als starke Akteurin zur Seite stehen kann.

Deshalb fordern wir eine Verstetigung des Aufwuchses der Finanzhilfe auf das Niveau der Jahre 2020 und 2021 sowie einen mittelfristig weiteren Anstieg bis zur Erreichung des 1%-Ziels für den Gesamtbildungsetat für die Erwachsenenbildung. Das Land muss auch weiterhin Hilfsfonds zum Ausgleich existenzgefährdender Einnahmeausfälle aufsetzen und die Einrichtungen bei ihrer strategischen und vor allem infrastrukturellen Neuausrichtung finanziell unterstützen. Hierzu gehört auch die Überführung des Digital Campus Niedersachsen in ein Regelprogramm des Landes für die Erwachsenenbildung.

3. Chancen und Risiken der Erwachsenen- und Weiterbildung in einer Nach-Corona-Phase

Während der Pandemie waren und sind die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ihre Kursleitenden finanziell hart von Einnahmeausfällen getroffen. Insbesondere für freiberuflich Tätige haben die Unterstützungsmaßnahmen des Bundes und der Länder i. d. R. nicht gegriffen. Viele von ihnen waren auf die Grundsicherung zurückgeworfen, so dass sie sich in der Folge beruflich anders orientieren mussten. Dies hat zu einem spürbaren Fachkräftemangel in der Erwachsenenbildung geführt.

Welche Langzeiteffekte sich bei der sukzessiven Wiederaufnahme des Präsenzbetriebs und der Wiedergewinnung von Teilnehmenden – und Lehrkräften – für die Einrichtungen ergeben werden, ist zurzeit nicht absehbar.

An dieser Stelle ist das Land gefordert, seine Verantwortung für die Weiterbildung und ihre Beschäftigten wahrzunehmen. Denn nur mit einer stabilen Finanzierung und der daraus resultierenden Planungssicherheit sind Weiterbildungseinrichtungen in der Lage, ihre verlässlich etablierten Strukturen weiterzuführen und auch künftig ihren Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu leisten.

Deshalb fordern wir die Bereitstellung eines Innovationsfonds für die Entwicklung und Anpassung der Erwachsenenbildung an die veränderten Bedarfe, um auch als Organisation die notwendigen Veränderungen/Transformation leisten zu können. Darüber hinaus braucht es eine Fort- und Weiterbildungsoffensive für Mitarbeitende und Lehrkräfte, um auch weiterhin gute und zielgruppengerechte Angebote entwickeln zu können.

4. (Digitale) Grundbildung & Alphabetisierung – eine Investition in die Chancengleichheit aller Menschen

Nach wie vor sind in Niedersachsen rund 600.000 Menschen nicht literatisiert. Die Förderung der Alphabetisierung und (auch digitalen) Grundbildung im Rahmen der Nationalen Alpha-Dekade ist zwingend notwendig, um diesen Menschen eine souveräne Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier zeigt sich eine Kernkompetenz der Einrichtungen der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung: Unsere Grundbildungszentren, das Landesbündnis für Grundbildung und das flächendeckende Netz der Bildungsberatungsstellen beweisen: Wir kümmern uns um diese Menschen und helfen ihnen, gleichberechtigte Mitglieder in unserer Gesellschaft zu werden. Mit dem Landesbündnis für Grundbildung hat die Landesregierung hier einen neuen Impuls gesetzt – ganz besonders entscheidend wird hierbei auch die digitale Grundbildung sein.

Dazu kommt die große Zahl der in den letzten Jahren zu uns geflüchteten Menschen. Die Integration Zugewanderter auf kultureller, sprachlicher und beruflicher Ebene bleibt in unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Die mit hohem finanziellem und personellem Aufwand aus den Jahren 2016 bis heute geschaffenen Bildungsketten dürfen nicht abbrechen. Ein substanzieller Bedarf an Sprachförderung besteht unabhängig von den konkreten Zuzugszahlen auch weiterhin. Um gute (Aus-)Bildungs- und Arbeitsmarktchancen zu ermöglichen, müssen für alle in Niedersachsen lebenden Menschen die Voraussetzungen und die Anschlussfähigkeit für den nachholenden Erwerb formaler (Schul-)Abschlüsse geschaffen werden.

Deshalb fordern wir eine dauerhafte Förderung der Grundbildung in Niedersachsen und die Möglichkeit, hierfür eine stabile Architektur in der niedersächsischen Erwachsenenbildung zu schaffen, um die Ziele der Alpha-Dekade umzusetzen. Eine langfristige Sicherung der Sprachförderung für Geflüchtete sowie ein verbrieftes Recht auf Grundbildung für alle in Niedersachsen lebenden Menschen, um u. a. die Voraussetzungen und Anschlussfähigkeit für den Erwerb von nachholenden (Schul-)Abschlüssen zu sichern.

5. Finanzielle Sicherheit für eine kompetente Bildungsberatung

Bildungsberatung ist ein Kernthema der Erwachsenenbildung und erfüllt seit vielen Jahren einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag, denn sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil des lebensbegleitenden Lernens.

Die Bedingungen und Möglichkeiten, die eigene Bildungsbiografie selbst zu gestalten, sind auch immer abhängig von unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten und Bildungsvoraussetzungen und erfordern oft die Expertise von Bildungsprofis, um in der Vielzahl der Angebote das jeweils richtige und passende zu finden. Bildungsberatung unterstützt den Prozess der Orientierung und Entscheidungsfindung, informiert über die individuellen Voraussetzungen und Bedingungen und berät darüber hinaus auch zu berufsbiografischen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund komplexer beruflicher Veränderungsprozesse der Arbeitswelt im Zusammenhang mit Digitalisierung. Insofern trägt Bildungsberatung auch langfristig zur beruflichen Zukunftssicherung sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftspolitischer Ebene bei.

Gerade mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind die zwölf Bildungsberatungsstellen, die in ganz Niedersachsen erste Ansprechpartner für Bildungsinteressierte sind, eine wichtige Anlaufstelle zur Beratung in beruflichen und persönlichen Umbruchsituationen: Schüler*innen, die nach ihrem Abschluss nicht wissen wohin, Pflegekräfte, die aufgrund verstärkter Belastung ihren Beruf aufgeben und sich umorientieren oder berufliche Existenzen, die durch die Pandemie aufgegeben werden mussten und die Menschen zu einem Neustart zwingen. An diesen Beispielen zeigt sich die besondere Bedeutung einer niedrigschwelligen, kostenfreien, unabhängigen und vor allem für alle offenen Bildungsberatung.

Dennoch stagniert die Förderung der Bildungsberatungsstellen in Niedersachsen und ist seit Beginn der Förderung 2009 auf gleichbleibendem Niveau. Um auch weiterhin kompetente, aktuelle und umfassende Bildungsberatung auf hohem Niveau leisten zu können, ist der Ausbau der finanziellen Mittel dringend erforderlich.

Deshalb fordern wir eine Erhöhung und Verstetigung der finanziellen Förderung, um die wachsenden Aufgaben auf gleichbleibend hohem Niveau zu gewährleisten. Gleichzeitig muss die Bildungsberatung auch in der politischen Wahrnehmung wieder ins Zentrum rücken.